

PRESEMITTEILUNG

Osnabrück, 06.03.2020

Osnabrück soll sich Initiative für Geflüchtete in griechischen Camps anschließen FDP und Grüne: „Humanitäre Verpflichtung für die Friedensstadt“

Sieben Oberbürgermeister und der niedersächsische Innenminister Pistorius haben heute eine überparteiliche Initiative zur Unterstützung von Geflüchteten in griechischen Flüchtlingslagern gestartet. Sie appellieren an die Bundesregierung, in einem ersten Schritt 500 unbegleitete Kinder im Rahmen eines Sofortprogramms aufzunehmen. FDP und Grüne fordern nun, dass sich Osnabrück dem Appell anschließt. „Die Situation auf den griechischen Inseln ist katastrophal. Viele Kinder sind systematisch unterversorgt und völlig ungenügend vor Gewalt und Missbrauch geschützt. Die griechischen Behörden sind offensichtlich überfordert. Hier zu helfen ist eine humanitäre Verpflichtung für uns als europäische Friedensstadt“, erklären die beiden Fraktionsvorsitzenden Dr. Thomas Thiele und Volker Bajus.

Thiele betont, dass es um mehr geht als ein Signal. „Wir wollen ganz praktisch zeigen, dass die grundlegenden Werte auf denen Europa aufbaut, also Menschenwürde, Nächstenliebe und Menschenrechte, kommunal auch gelebt werden können. 140 Städte in Deutschland haben sich angesichts der Bootsflüchtlinge bereits dem „Bündnis sicherer Häfen“ angeschlossen. Auch Osnabrück. Nun geht es darum, dass der Bund den Kommunen auch die reale Chance gibt, sich humanitär zu bewähren“, erläutert der FDP-Chef.

Die Grünen unterstützen den Vorschlag der FDP gerne. Hier gehe es auch um die Glaubwürdigkeit als Friedensstadt. „Das ist ja kein Titel für Sonntagsreden, sondern der muss auch gelebt werden. Der Oberbürgermeister sollte sich daher dem Vorbild seiner Amtskollegen aus Köln, Düsseldorf, Hannover, Potsdam und anderen Städten anschließen“, so Bajus.

FDP und Grüne bewegt insbesondere die schlimme Situation auf den griechischen Inseln. „Der Potsdamer OB hat das Lager Moria auf Lesbos als Schande Europas bezeichnet. 20.000 Menschen leben in einem Camp, das für 3.000 gebaut wurde. Das ist kein Ort für Kinder, Familien, Alleinerziehende, verletzte oder traumatisierte Menschen“, erklärt Thiele. Und Bajus, der auch für das Kinderhilfswerk terre des hommes arbeitet, ergänzt: „Wenn man die Berichte über die Zustände dort liest, wenn man weiß, dass Hilfsorganisationen schon seit Monaten Alarm schlagen, dann fragt man sich, warum die EU die Probleme aussitzt. Umso wichtiger ist es, dass jetzt die Kommunen entschlossen handeln wollen“.

Beide Fraktionen hoffen, dass sich die anderen dem Vorschlag anschließen können. Erste positive Signale gebe es schon.